

edition suhrkamp 2668

Unpolitische Demokratie

Zur Krise der Repräsentation

Bearbeitet von
Franz Walter, Danny Michelsen

Originalausgabe 2013. Taschenbuch. 410 S. Paperback

ISBN 978 3 518 12668 4

Format (B x L): 10,8 x 17,7 cm

Gewicht: 246 g

Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft
Allgemein > Politische Theorie, Politische Philosophie

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Michelsen, Danny / Walter, Franz
Unpolitische Demokratie

Zur Krise der Repräsentation

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2668
978-3-518-12668-4

edition suhrkamp 2668

Die repräsentative Demokratie steckt in einer schweren Krise, angesichts von Ökonomisierung und privatistischen Tendenzen geht der Glaube an die politische Gestaltbarkeit der Gesellschaft verloren. Diverse Vorschläge stehen im Raum: deliberativ, transparent, »flüssig« und überhaupt weniger staatszentriert soll sie sein, die künftige Politik. Doch wie vielversprechend sind diese Therapien? Die Autoren wagen einen Rundumblick und zeigen, dass nicht nur Technokratie und neoliberaler Konsens, sondern auch viele der aufgebotenen Gegenrezepturen das Politische der Politik unterminieren.

Danny Michelsen ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Franz Walter lehrt Politikwissenschaft an der Universität Göttingen und ist Direktor des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

Danny Michelsen/Franz Walter
Unpolitische Demokratie
Zur Krise der Repräsentation

Suhrkamp

Erste Auflage 2013
edition suhrkamp 2668
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2013

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch
Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: TypoForum GmbH, Seelbach

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12668-4

Inhalt

1. »Verschwinden« oder »Neuerfindung« der Politik?	7
2. Erleben wir das Ende der liberalen Demokratie?	105
3. Entparlamentarisierung und deliberative Surrogatdemokratie	179
4. (Post-)Politik im Netz? Der (Alb-)Traum von der digitalen Demokratie	217
5. Die Ratlosigkeit der Radikaldemokraten	250
6. It's representation, stupid!	290
7. Die unpolitische Union	334
8. Narrative Leere	356
Nachbemerkung	377
Literatur	379

1. »Verschwinden« oder »Neuerfindung« der Politik?

Wir leben wirklich in paradoxen Zeiten. Einerseits ist die neuzeitliche Geschichte im Wesentlichen eine der Re-Emanzipation der Politik von der Religion und sakral legitimierten Autoritäten, von der »Heiligkeit altüberkommener (>von jeher bestehender<) Ordnungen und Herrengewalten«, ¹ in deren Verlauf öffentliche Handlungsräume sich nach und nach zu öffnen beginnen. Vorpolitische Begründungsressourcen gehen rasant zur Neige, es gibt schlichtweg keine öffentlichen Angelegenheiten mehr, die ohne breiten Diskurs allein auf der Grundlage transzendenter Prämissen entscheidbar wären. Der im Juli 2012 jäh verstorbene Politologe Michael Th. Greven hat den kontingenten Charakter dieser unserer »fundamentalpolitisierten« Gesellschaft ausführlich beschrieben. Demzufolge erleben wir augenblicklich den »Schlussstein« eines langen Politisierungsprozesses, der in der frühen europäischen Neuzeit zunächst von »oben« einsetzte, als allmählich sich herausbildende Zentralstaaten damit begannen, in die Wirtschaft einzugreifen, bis dann im 19. Jahrhundert expandierende Verwaltungsapparate die Nebenfolgen einer nunmehr kapitalistischen Produktionsweise durch wohlfahrtsstaatliche Inklusionsmaßnahmen zu entschärfen suchten und so immer tiefer in das gesellschaftliche Leben eindrangten. ² Damit waren zugleich die Samen gelegt für eine erst später einsetzende »Politisierung von unten«, in deren Verlauf Teile der unterprivilegierten Schichten begannen, sich als mündige Subjekte wahrzunehmen und soziale und politische Rechte einzufordern. In den Wohlstandsgesellschaften des ausgehenden 20. und des 21. Jahrhunderts schließlich richten zunehmend selbstbewusste Bürger gesteigerte Partizipationserwartungen an immer kritischer beäugte Regie-

1 Weber, Max 1980, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5., rev. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck, S. 130.

2 Greven, Michael Th. 2009a, *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezi-sion als Probleme des Regierens und der Demokratie*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

rungsinstitutionen. Der Niedergang traditioneller Hierarchien korrespondiert mit einem sukzessiven Zugewinn an individueller Entscheidungsfreiheit. Vielfältige Formen sozialen Protests, auch ziviler Ungehorsam, werden als Supplement zu tradierten Wegen der Einflussnahme qua Abstimmung von allen Seiten geschätzt. Essentialistisch definierte Gemeinwohlbegriffe und Argumente, die das Bestehende damit begründen wollen, dass es schon immer existierte, können nicht mehr überzeugen. Externe Kriterien stehen für die Bewertung von Geltungsgründen nicht zur Verfügung, die Gesellschaft muss sich aus sich selbst hervorbringen. Politik ist, kurz gesagt, die »einzige Quelle von Normierungen«, und alles ist politisch entscheidbar geworden.³

Zeitlebens hatte Greven diesen Punkt immer etwas überspannt, was vor allem seinem extensiven dezisionistischen Politikbegriff geschuldet war. Am Machtrealismus Max Webers geschult und in Abgrenzung zu einem strikt intersubjektiven handlungstheoretischen Ansatz, wie wir ihn zum Beispiel bei Hannah Arendt finden, sieht er das Politische im absolutistischen Fürstenstaat ebenso wie in der liberalen Demokratie verwirklicht und erst recht, in einem nie mehr erreichten Ausmaß, in der totalen Herrschaft (laut Arendt der Tod des Politischen) – überall dort, wo Kontingenz verfügbar ist, wo also etwas politisch wirksam, das heißt für größere Verbände autoritativ verbindlich, aber nicht notwendig entscheidbar ist. Nicht zu Unrecht wurde ihm deshalb vorgeworfen, einer »herrschaftskategorialen und gewaltnahen Konzeption des Politischen« das Wort zu reden, die, ganz weberianisch, die »zweckrationale Verwirklichung subjektiver Präferenzen« normativ nicht höher bewerte als ein antiinstrumentelles Verständnis politischen Handelns, als ein »acting in concert«, wie Arendt es mit Bezug auf Edmund Burke favorisierte, und somit nicht dem Anspruch eines explizit *demokratischen* Dezisionismus gerecht werde, da ein solcher, um auf eine moderne, pluralistische Gesellschaft anwendbar zu sein, obligatorisch mit einem egalitären Deliberationsideal verknüpft werden

3 Greven, Michael Th. 1992, »Über demokratischen Dezisionismus«, in: Emig, Dieter/Christop Huttig/Lutz Raphael (Hg.), *Sprache und politische Kultur*, Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 193–206, hier S. 195.

müsste.⁴ Wie immer man zu diesem Vorwurf stehen mag:⁵ Das im Kontingenzbegriff enthaltene Kriterium der Gestaltungsfreiheit, welches in beiden Deutungen des Politischen eine zentrale Rolle spielt, ist zweifellos eine konstitutive Bedingung, und ihr Verlust heute eine der größten Bedrohungen für demokratisches Regieren. Auf dieses Problem hat auch Greven stets hingewiesen, wenn er auf eine »immer tiefere Kluft zwischen der sich tendenziell radikalierenden gesellschaftlichen Problemwahrnehmung und der Wahrnehmung der politischen EntscheidungsROUTINEN« aufmerksam machte, »die in der Paradoxie mündet, dass niemand mehr der Politik zutraut, was doch allein politisch gelöst werden könnte«.⁶

Damit kommen wir zur paradoxen Wendung der These von der politisierten Demokratie der Spätmoderne.⁷ Der einerseits durchaus plausible Befund einer von Politik durchdrungenen Gesellschaft wird nicht nur durch eine seit vielen Jahrzehnten mit großer Sorge beschriebene Ohnmacht der einst aus langen politischen Konflikten hervorgegangenen, politisch instituierten Verfassungsorgane kontrastiert. Da der (National-)Staat in der Berichterstattung noch immer als das eigentlich relevante politische Entscheidungszentrum und der Wettbewerb der um die Macht in dessen »Schaltzentralen« konkurrierenden Gruppen von den meisten Bürgern – ungeachtet der akademischen Trennungen zwischen Staat und Politik, Politik und dem Politischen – noch immer als der Kern dessen, was Politik ausmacht, betrachtet werden und weil auch die meisten »subpolitischen« Akteure außerhalb der tradierten staatlichen und korporatistischen Arrangements mit ihren Aktivitäten versuchen, ihre politischen Forderungen an die zumeist durch Wahl autorisierten national-

4 Thaa, Winfried 2011, *Politisches Handeln. Demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Hannah Arendt*, Baden-Baden: Nomos, S. 71.

5 Auch wenn Grevens Dehnung des Politikbegriffs problematisch ist, spricht doch eigentlich nur wenig dagegen, für die deskriptive Analyse politischer Prozesse einen instrumentellen und gleichzeitig für die normative Betrachtung einen kommunikativen Machtbegriff zugrunde zu legen.

6 Greven, »Über demokratischen Dezisionismus«, S. 202.

7 Auer, Dirk 2004, *Politisierte Demokratie. Richard Rortys politischer Antiessentialismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 74 ff.

oder suprastaatlichen Repräsentanten zu richten, stehen die politisierten Bürger, mit der plausiblen Diagnose vom »Ende der Handlungsfähigkeit des Staates« konfrontiert,⁸ dem zunehmend machtlosen Adressaten ihrer zahlreichen Anliegen rat- und politisch perspektivlos gegenüber.

Denn während die neuen Formen des politischen Engagements vor allem durch zwei Trends gekennzeichnet sind – Individualisierung und Distanzierung der Bürger von der »offiziellen Politik« –, nehmen die Erwartungen an die Regelungskapazitäten der staatlichen Institutionen keineswegs ab. Im Gegenteil: An der Einsicht, dass angesichts schmelzender Polkappen, globaler Armutsmigration und einer ernsthaft gestörten Beziehung zwischen Finanz- und Realökonomie »etwas getan werden muss«, fehlt es offensichtlich nicht. Die Ansprüche der Bürger an eine heute primär als Dienstleistungsunternehmen perzipierte Politik wachsen weiter an. Das »Könnens-Bewusstsein«, mit dem der Althistoriker Christian Meier den diesseitsorientierten Fortschrittsoptimismus der Griechen charakterisierte, politischen Wandel in gefestigten institutionellen Bahnen und ohne Bezugnahme auf transzendente Prämissen erreichen zu können,⁹ nimmt dagegen ab, weil der vermeintliche Kontingenzüberschuss nicht in die tradierten und konstitutionell vorgegebenen Verfahren übersetzt werden kann und insofern gar kein realer ist: In der Epoche der Kontingenz schafft die Befreiung von organisch legitimierten Herrschaftsnormen zwar ein Gefühl dafür, dass nicht nur in der Technik, sondern auch im politischen Raum prinzipiell nichts unmöglich ist (was nicht allein in den großen Revolutionen, sondern ebenso in den totalitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts eine extreme Bestätigung fand). Jüngst aber schwebt über Europa eine Aura der Alternativlosigkeit: Angesichts »multipler Krisen«¹⁰ sind wir

8 Streeck, Wolfgang 2009a, »Eine Last für Generationen«, in: *Handelsblatt* (20. März 2009).

9 Vgl. Meier, Christian 1980, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 435 ff., und ders. 1993, *Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte*, Berlin: Siedler, S. 470 ff.

10 Auf postmarxistischer Seite machte nach dem großen Crash von 2007/08 das Wort von der »multiplen Krise« oder auch: von der »Vielfachkrise« die Runde,

im öffentlichen Raum mit der Notwendigkeit einer wesentlich von den »Sachzwängen« des ökonomischen Sektors bestimmten Politik konfrontiert, die sich bei der Rechtfertigung ihrer Entscheidungen gern der sogenannten TINA-Rhetorik (»There is no alternative«) bedient. Dazu passt, dass das Wort »alternativlos« 2010 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Unwort des Jahres gewählt wurde. Der Streit um fundamentale Ordnungsfragen ist längst einer Art Placebo-Politik gewichen, die diffuse, weil nur noch selten bipolar verlaufende Konflikte durch simulative Verfahren wie die Reaktivierung überkommener, auf national-staatliche Politikmuster rekurrerender Erzählungen aufzulösen versucht. Solche Erzählungen vermitteln zwar ein Gefühl von Wärme und Geborgenheit, zeichnen aber das fiktive Bild einer staatszentrierten Politik, die sich in Wirklichkeit längst in Auflösung befindet und in der globalen Welt schwerlich funktionieren kann. Staatlich-politische Institutionen, die ehemals nicht nur als ausführende Organe, sondern auch als Impulsgeber fungierten, verwandeln sich in »Zombie-Institutionen, die historisch längst tot sind, aber doch nicht sterben können«,¹¹ die dem Modernisierungsprozess wankend hinterherschulften und gegenüber der ökonomischen Globalisierung immer mehr in Verzug geraten. Um die eigene Machtlosigkeit gegenüber den Dynamiken der Welt-ökonomie, aber auch um die hässlichen, machtzentrierten Seiten politischen Handelns in einem relativ herrschaftskritischen »Zeitalter des Misstrauens«¹² zu überblenden, bedient sich die Politik harmonistischer Wohlfühlrhetorik und überschwänglicher Mo-

das auf die gleichzeitige Vervielfachung der krisenhaften Entwicklungen in der Wirtschaft, im Sozialwesen, im Umweltschutz und bei der globalen Ressourcenverteilung, auf die Krise der parlamentarischen Demokratie etc. und auf deren Interdependenz aufmerksam machen soll. Vgl. dazu Brand, Ulrich 2011, *Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte, gegen-hegemoniale Strategien*, Hamburg: VSA. Vgl. auch Demirovic, Alex et al. (Hg.) 2011, *Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA.

11 Beck, Ulrich 1993, *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 217.

12 Vgl. Rosanvallon, Pierre 2008, *Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust*, Cambridge: Cambridge University Press.

ralisierung.¹³ Sie überdeckt das graue Porträt der konsoziativen, durch die Dispersion politischer Verantwortlichkeiten geprägten Gegenwartsdemokratie mit den bunten Farben inhaltsleerer Ästhetisierung und einer dialogischen Drapierung des Alternativen, wodurch es ihr bislang tatsächlich gelingt, nach wie vor bestehende gesellschaftliche Konfliktpotenziale vorsorglich zu entschärfen.

Zugleich fällt auf, wie schlaff und uninspiriert die meisten politischen Debatten heute verlaufen. Sicher, Sozialdemokraten können sich an Wahlabenden hämisch freuen, wenn CDU-Anhänger aufgrund gravierender Verluste ihrer Partei tieftraurig in die Kamera schauen. Grüne gönnen den Freidemokraten die heftigsten Einbrüche; Liberale jauchzen bei Verlusten der Öko-Partei. In der Schadenfreude sind die alten politischen Lager noch ordentlich sortiert. Aber sonst? Kann man noch irgendeinen Sozialdemokraten erhitzt mit einem Christdemokraten disputieren sehen? Worüber sollten sie sich auch streiten? Über den Atomausstieg? Über Steuer- oder Sparpolitik? Über vorschulische Kinderbetreuungseinrichtungen? Über den Mindestlohn? Über den Erhalt des Sozialstaats? Gar über Europa? Eine grundsätzliche Differenz gibt es in all diesen Fragen nicht mehr. Zugespitzt: Auf der öffentlichen Bühne finden wir heute überwiegend Darsteller des Politischen, die von Fall zu Fall und bevorzugt vor Fernsehpublikum mit theatralischer Stimme irgendeinen Vertreter einer anderen Partei andonnern, ohne im Inneren auch nur im Geringssten erregt, aufgewühlt oder wirklich empört zu sein.

Haben wir noch die Wahl?

So wird ein zentrales Versprechen der repräsentativen Demokratie ins Wanken gebracht: dass sich den gesellschaftlichen Akteuren mehr als eine politische Option bieten sollte, die in der gesellschaftlichen Sphäre waltenden Prozesse wenigstens mitzugestalten

¹³ Vgl. dazu Fach, Wolfgang 2008, *Das Verschwinden der Politik*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

ten oder – negativ formuliert – den Notwendigkeiten des ökonomischen Lebens zu trotzen, und dass die verschiedenen im gesellschaftlichen Diskurs vorgebrachten Möglichkeiten, die soziale Welt zu gestalten, im politischen Raum, im Parlament eine Stimme finden und auch real verfügbar sein müssen. Andernfalls wird der dauerhafte Akt der Repräsentation, also das Sichtbar-Machen von divergierenden Standpunkten, marginalisiert, denn »eine repräsentative Körperschaft, die *nicht* geteilt ist, ist ein Widerspruch in sich«. ¹⁴ Zumindest würde das Moment der Wahl, dem politische Repräsentanten in demokratischen Systemen immer noch ihre Legitimation verdanken, ins Leere laufen. Dann schwindet der Glaube der Menschen daran, an den gesellschaftlichen Verhältnissen gemeinsam noch etwas ändern zu können. Es fehlt, wie in jüngerer Zeit zu Recht betont wird, der gemeinsame narrative Zusammenhang, der einen solchen Glauben plausibel revitalisieren könnte. Gleichzeitig wird die demokratische Programmierung des Staatshandelns durch die weit größere Wirkmacht weltwirtschaftlicher Akteure immens relativiert. Wenn sich die parlamentarischen Mehrheitsfraktionen, wie in jüngerer Zeit in Italien und Griechenland, für die Einsetzung von Technokratenkabinetten entscheiden, um der Verantwortlichkeit für das wirtschaftspolitisch Unvermeidliche zu entgehen, fällt die institutionalisierte Politik als Adressat politischer Unmutsbekundungen aus. Die unmissverständliche Botschaft an das Volk ist dann eine längst bekannte, nun aber mehr oder weniger offen bekundete Einsicht: dass man innerhalb nationaler Demokratien eben »nicht gegen die internationalen Finanzmärkte regieren kann« (Joschka Fischer).

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 hatten viele Beobachter zunächst auf einen irgendwie gearteten Paradigmenwechsel gehofft. In der Tat kann man, schaut man in die Kommentarspalten auch der eher konservativ-liberalen Tageszeitungen, ¹⁵ einen Trend hin zu einer Grundstimmung erkennen, die auf die

¹⁴ Ankersmit, Frank 1996, *Aesthetic Politics. Political Philosophy Beyond Fact and Value*, Stanford: Stanford University Press, S. 23 ff.

¹⁵ Viel beachtete publizistische Offerten in letzter Zeit waren z.B. Moore, Charles 2011, »I'm starting to think that the left might actually be right«, in:

fortgesetzte Unterordnung der Demokratie unter die Logik des Marktes, auf ihre Transformation in eine »marktkonforme Fassadendemokratie«¹⁶ mit erfrischender Polemik reagiert. Nicht nur die Linke, sondern eine weit in die rechte Mitte hineinreichende gesellschaftliche Teilgruppe sieht die größte Gefahr für eine vitale Demokratie momentan nicht, wie noch vor einigen Jahrzehnten, primär von einem »krakenhaften Staat«, von legislatorischer Regelungswut und der Erstickung sozialer Autonomie durch Bürokratie ausgehen, sondern von der Determinierung des politischen Lebens durch sich selbst überlassene Kapitalmärkte, oder von privaten Ratingagenturen, deren Verdikte ganze Volkswirtschaften lähmen und immer häufiger über das Schicksal von Regierungen entscheiden. Auch gegen abstrakte Dinge wie »soziale Kälte« und »neoliberale Dogmen« zu sein, gehört nachgerade wieder zum guten Ton; schwieriger wird es aber, wenn man konkrete Fragen stellt: nach der Legitimität der Bankenrettungen 2008/09 zum Beispiel oder nach Alternativen zu den im Zuge der südeuropäischen Staatsschuldenkrisen von Brüssel oktroyierten Austeritätsprogrammen, unter denen – mal wieder – vor allem die Ärmsten zu leiden haben, obwohl ein guter Teil der angehäuften Haushaltsdefizite allem Anschein nach nicht zuletzt auf die vorangegangene, durch einen seit den achtziger Jahren forcierten Deregulierungswettlauf hervorgerufene Weltfinanzkrise zurückzuführen ist.¹⁷

Man gewinnt jedoch den Eindruck, dass es bei den zentralen politischen Fragen, die uns derzeit umtreiben, für die Bildung einer reflektierten Meinung längst nicht mehr ausreicht, die Zeitung zu lesen und mit anderen Bürgern ins Gespräch zu kommen – ein Ökonomiestudium wäre in vielen Fällen eine Grundvoraussetzung: »Überall regiert das Nichtwissen. Niemand weiß, was ist und was die im Nullenrausch verordnete Therapie tat-

The Daily Telegraph (22. Juli 2011), oder Schirrmacher, Frank 2011, »Demokratie ist Ramsch«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (1. November 2011).

¹⁶ Vgl. Bofinger, Peter/Jürgen Habermas/Julian Nida-Rümelin, »Einspruch gegen die Fassadendemokratie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (3. August 2012).

¹⁷ Vgl. dazu Schulmeister, Stephan 2010, *Mitten in der großen Krise. Ein »New Deal« für Europa*, Wien: Picus Verlag.

sächlich bewirkt«, ob der inzwischen in Mode gekommene »Staatssozialismus für Reiche«¹⁸ am Ende überhaupt Früchte trägt. Letztlich sind es doch wieder die Experten, auf deren Antworten wir zwangsläufig vertrauen müssen, wenn es um Handlungs- und sogar Wahlempfehlungen geht, denn immerhin: Die Experten konfrontieren uns, trotz aller Differenzen untereinander im Detail, sehr dezidiert mit den möglichen katastrophalen Folgen unseres Handelns. Eines sollten wir nicht unterschätzen: »Echte« Demokratie (was auch immer das sein mag), wie sie das spanische Movimiento 15-M im Sommer 2011 einforderte, ist, wie alle unbestimmbaren Größen, in einer hochgradig interdependenten Währungs- und Wirtschaftsordnung zu einer gefährlichen Angelegenheit geworden. Grundsätzliche Alternativen scheinen unter den gegebenen Bedingungen oft nur noch zusammen mit einem drohenden Kollaps des Systems denkbar, der befürchtete Schmetterlingseffekt ist ein permanentes Risiko: Ein Nein bei einem vom damaligen griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou zunächst für den Herbst 2011 angekündigten Euro-Referendum seines Landes, das am Ende – zur Erleichterung der übrigen Staaten der Europäischen Währungsunion (EWU) – doch nicht stattfand, oder die Wahl einer falschen Partei bei den griechischen und italienischen Parlamentswahlen vom Juni 2012 und Februar 2013 hätte, so sagte man uns zu jener Zeit, einen Tsunami im Innersten der Euro-Zone auslösen können. Die Politik der Angst delegitimiert das Nein-Sagen, die Alternative, als eine verantwortungslose Inkaufnahme untragbarer Risiken, die von den Experten selbst nur vage kalkuliert und von den Medien je nach Bedarf genüsslich zugespitzt werden. Auf diese Weise werden die Bedingungen politischen Handelns geschwächt, denn Politik ist ja, um mit Hannah Arendt zu sprechen, nur unter der Voraussetzung einer dem »Medium der Pluralität« geschuldeten »Unabsehbarkeit der Taten«, eben radikaler Kontingenz, denkbar. Um mit diesem chaotischen Zustand fertigzuwerden, braucht es die bindende »Kraft gegenseitiger Versprechen«, Ver-

18 Beck, Ulrich 2011, »Ohnmächtig, aber legitim«, in: *die tageszeitung* (28. Oktober 2011).

trauen in die anderen, die Mit-Handelnden.¹⁹ Da der »flexible Mensch« (Richard Sennett) im »Zeitalter des Narzißmus« (Christopher Lasch) aber gerade die Zurückweisung aller Bindungen und eine grundsätzliche Skepsis gegenüber Versprechungen als Überlebens- und Emanzipationsstrategie zu verinnerlichen hat, wirkt die Kontingenz des Politischen in der Tat nur noch bedrohlich. Immerhin: Der »Experte« reduziert – wie in unseren übrigen Lebensbereichen auch – die unerträgliche Freiheit der Wahl, sagt uns, wie wir handeln sollen, wodurch allerdings das politische Handeln seine spezifische Qualität verliert, da es auf der perspektivischen Relativität von Meinungen beruht, während in einem Expertendiskurs technische Lösungen und Tatsachenwahrheiten dominieren, die, wie es bei Arendt unmissverständlich heißt, »vom Standpunkt der Politik aus gesehen [...] despotisch« sind.²⁰

Folgt man hingegen dem italienischen Politologen Norberto Bobbio, dann ist die unvermeidliche Tendenz der Demokratie zur Technokratie, zur Expertenherrschaft eines jener unüberwindlichen »Hindernisse der Demokratie«, die dazu führen, dass eine Reihe nicht eingelöster Versprechen demokratischen Regierens (»echte« Volkssouveränität, Auflösung oligarchischer Strukturen usw.) zu uneinlösbaren Versprechen werden, die den Weg zu einer mehr als minimalistischen Demokratie versperren. Die Gründe dafür sind bekannt: Technokratie und Demokratie stehen zwar im Gegensatz zueinander, weil Letztere gerade auf der Hypothese basiert, dass alle über alles entscheiden können. Doch die Ausweitung des Wahlrechts ging stets mit einem Ausbau des Dienstleistungsstaates einher, denn: Je mehr Wählerinteressen öffentlich artikuliert werden, desto komplexer gestalten sich die politischen Steuerungsprozesse.²¹ Dieser Trend zur Expertokratie

19 Arendt, Hannah 1981, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 6. Aufl., München: Piper, S. 240.

20 Arendt, Hannah 1994b, »Wahrheit und Politik«, in: dies., *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, München: Piper, S. 327–370, hier S. 341. Arendts Polemik gegen die platonische Abwertung der *doxa* gegenüber der *episteme* und deren antipolitische Folgen in der abendländischen Ideengeschichte ist heute aktueller und lesenswerter denn je.

21 Bobbio, Norberto 1988, *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin: Rotbuch, S. 26.

qua Demokratisierung nimmt indes weit weniger apokalyptische Züge an, sofern man, wie Ulrich Beck, für die »reflexive Moderne« gleichzeitig eine »Subpolitisierung der Experten« diagnostiziert und diese als Symptom einer »Entkernung« und »Entgrenzung« des Politischen deutet, mithin auf die Chancen fokussiert, die eine Ausweitung alternativer Handlungsmöglichkeiten und deren potenziell politische Bedeutung im beruflichen Leben mit sich bringt.²²

Umgekehrt ist doch aber die Gefahr, dass Bürger, die sich nicht für Experten halten, sich selbst die »Kompetenzen« und die Fähigkeit absprechen, noch an der *res publica* teilzuhaben, ungleich höher zu veranschlagen. Und dass das Vertrauen der Bürger in ihre Experten, vor allem in die Ökonomen und in die EU-Komitologie, infolge der Finanz- und Währungskrisen der letzten Jahre nachhaltig erschüttert wurde, lässt wiederum das Vertrauen der Regierenden in die Bürger schwinden. In der Folge versucht die Politik umso entschiedener, die *arcana imperii* von der unberechenbaren Bürgerschaft fernzuhalten. So stehen beide Seiten einander zunehmend misstrauisch, fast schon feindselig, aber dennoch erwartungsvoll gegenüber – keine gute Basis für ein auf Dauer angelegtes Zusammenwirken.

In Deutschland wurde ein von der Mehrheit der befragten Bürger gefordertes Referendum über den künftigen Kurs in der europäischen Währungspolitik nie wirklich in Betracht gezogen; auch ein Konvent zur Ausarbeitung eines neuen EU-Vertrages, bei dem die nationalen Parlamente mitreden dürften, wurde von der Bundesregierung von vornherein abgelehnt. Das Herz des europäischen Zukunftsdiskurses liegt augenblicklich und wohl auch weiterhin in den abgeschiedenen Sphären nationaler Exekutivorgane und der intergouvernementalen Institutionen der EU (dazu mehr im achten Kapitel). In so einer Lage von einem »Primat des Politischen« zu sprechen, das es – wie es in *keynote speeches* von Politikern auf Symposien von Stiftungen und Akademien immer so schön heißt – zu verteidigen gelte, erscheint illusionär. Eher gewinnen Diagnosen an Plausibilität, die seit

22 Beck, *Die Erfindung des Politischen*, S. 242.

Jahrzehnten ein »Absterben des öffentlichen politischen Bereiches«, ²³ eine »wachsende Ohnmacht der verbliebenen Organe des kollektiven politischen Handelns«, ²⁴ gar ein »Verschwinden der Politik« ²⁵ in der modernen Demokratie konstatieren.

Das Unbehagen an der pluralistischen Demokratie

Tragisch ist nun, dass gerade in Momenten, in denen sich das Politische in einer spontanen Demonstration gesteigerter Partizipation Bahn bricht, in denen sich der Widerspruch der Bürger gegen die Beschlüsse einer mal als entscheidungsarm, mal als wenig responsiv und autoritär rezipierten Politik erhebt, dieser *qua intentione* eine zusätzliche Hemmung der Entscheidungsprozesse bewirkt – in einer Zeit zumal, in der die Macht des Privatsektors scheinbar so groß geworden ist, dass Parlamente und Regierungen bei richtungsweisenden Entscheidungen von Konjunkturdaten sowie den Stimmungen an der Börse regelmäßig vorangepeitscht werden. ²⁶ In einer Epoche der dynamischen Beschleunigung von Informationsvermittlung, Datenübertragung, Finanztransfers etc. bleibt kaum noch Zeit für ausführliche Diskussionen, für pluralismusorientierte Abwägungen, für Transparenz.

»Die Politik wird somit in die Defensive gedrängt. Entscheidungen stehen unter einem immer höheren Zeitdruck, der mit den zeitintensiven Willensbildungsprozessen in den Parlamenten nicht vereinbar ist. [...] So wusste im August 2008 vermutlich nur ein Bruchteil der Parlamentarier (und Bürger), was ein Leerverkauf überhaupt ist. Es ist daher nicht überraschend, dass sich zur politischen Bearbeitung der Finanzkrise in Deutschland nur ein äußerst kleiner Zirkel in Berlin zusammengefunden hat.« ²⁷

23 Arendt, *Vita activa*, S. 55.

24 Bauman, Zygmunt 2003, »The great separation mark two or politics in the globalising and individualising society«, in: Nassehi, Armin/Markus Schroer (Hg.), *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden: Nomos, S. 17–43, hier S. 35.

25 Rancière, Jacques 2002, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 112, und Fach, *Das Verschwinden der Politik*.

26 Vgl. Münkler, Herfried 2012a, »Die rasenden Politiker«, in: *Der Spiegel* (16. Juli 2012).

27 Laux, Henning/Hartmut Rosa 2009, »Die beschleunigte Demokratie – Über-

In diesem Szenario verliert das Parlament das, was Herfried Münkler als die »Moratoriumsfähigkeit« der parlamentarischen Demokratie bezeichnet, die Kompetenz also, selbst bei drängenden Problemen den systemischen Entscheidungszwängen, denen die Exekutive täglich ausgesetzt ist, so lange zu trotzen, bis eine möglichst umfassende – das heißt: alle, auch vermeintlich »radikale«, Alternativen berücksichtigende – Debatte stattgefunden hat. Nur so kann verhindert werden, dass »sich die deliberative Demokratie unter der Hand in eine dezisive Demokratie« verwandelt, in der das Parlament Kabinettsbeschlüsse allenfalls noch akklamieren darf.²⁸

Der Handlungsdruck auf gewählte Repräsentanten wächst von zwei Seiten her und wirkt in unterschiedliche Richtungen: Während die Probleme, die eine von der Politik selbst deregulierte Finanzwirtschaft produziert, schnelle und koordinierte Reaktionen auf nationaler und intergouvernementaler Ebene erfordern, verlangen die zahlreichen, zwischen den Wahlgängen vonseiten der kritischen Bürgerschaft artikulierten Forderungen nach zeitintensiven Verfahren der Willensbildung und Entscheidungsfindung. Erschwert wird dies allerdings noch dadurch, dass die unversammelten Bürger allenfalls diffuse Signale aussenden, die von der Politik nicht mehr angemessen verarbeitet und repräsentiert werden können, auch weil es immer schwieriger wird, die politischen Lager klar voneinander abzugrenzen. Je pluralistischer, misstrauischer, weniger milieugebunden eine Gesellschaft ist, desto schwerer fällt den politischen Akteuren die Zusammenführung und Repräsentation bestimmter Wählerschichten bei der Formulierung von Kompromissen und desto langsamer arbeiten auch die Räder des politischen Tagesgeschäfts. Da Demokratie von allen Regierungsformen die mit Abstand zeitaufwendigste ist und im Gegensatz zu anderen Regimetypen Rücksicht auf die (in modernen liberalen Gesellschaften sich ständig vervielfachenden) Interessen der Bürger nehmen muss, gewinnen die Probleme des

legungen zur Weltwirtschaftskrise«, in: *WSI-Mitteilungen*, H. 10, S. 547–553, hier S. 548 und S. 550.

²⁸ Münkler, Herfried 2010b, »Regierungsversagen, Staatsversagen und die Krise der Demokratie«, in: *Berliner Republik*, H. 5, S. 49–55, hier S. 51.

politischen Systems bei der Bearbeitung des demokratischen Inputs im »Zeitalter der Beschleunigung«²⁹ unweigerlich Überhand. Denn unüberschaubare Interdependenzen, die die kooperativen Verhandlungsformen jenseits des Nationalstaates bestimmen, verlangen heute nach informellen und »weichen« Formen der Rechtsetzung, der Abtretung von Kompetenzen an Expertengremien, die zwar angesichts des riesigen Rückstands, den die politisch-rechtliche gegenüber der ökonomischen Globalisierung bislang einnimmt, wichtige Instrumente zur Lösung grenzüberschreitender Probleme darstellen, aber zugleich die Bedeutung von Wahlen und damit die Äquidistanz der Bürger zu den Machtzentren der Republik, die Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen unterminieren. Geht nämlich die Funktion der Parlamente als Motor der gesellschaftlichen Regulierung und politischen Integration verloren, dann wird diese Aufgabe mehr und mehr den Regierungen und Administrationen übertragen, die gerade auf internationale Krisen schneller und effizienter reagieren können, die sich jedoch, sofern die Parlamente dabei meist außen vor bleiben, auf weniger demokratische Legitimität stützen können.

Das Fazit ist grausam: Je ernster wir das formale demokratische Versprechen einer möglichst umfassenden Inklusion aller sozialen Gruppen nehmen und daher die Tore der parlamentarischen Komplexe für quantitativ auch noch so geringfügig vertretene Meinungen und Interessen öffnen, je stärker wir auf Partizipation und Responsivität setzen, desto mehr gerät auch die Reaktionsfähigkeit der Politik gegenüber der Ökonomie in Rückstand und desto mehr offene Flanken bieten sich folglich denjenigen, die für eine Aufweichung der Rechenschaftspflicht der politischen Repräsentanten gegenüber dem Volk, für eine Befreiung von der »Wohlfahrtsfessel« Demokratie plädieren.

In einer Wettbewerbsdemokratie, die ihr integratives Potenzial aus dem Ideal der aggregativen Responsivität bezieht, führt maximale Inklusivität unter Bedingungen hochgradiger sozialer Pluralität zur Paralyse demokratischer Prozesse und damit zur

29 Vgl. dazu umfassend Rosa, Hartmut 2012, *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung*, Berlin: Suhrkamp, vor allem S. 357–373.